

Bürgerinitiative *für* Toleranz und Demokratie

ARGUMENTE *gegen* UNWAHRHEITEN

Stellungnahme zum 9-Punkte-Sofortprogramm der AfD zur Landtagswahl
Baden-Württemberg 2026

UMWELTSCHUTZSCHUTZ

AfD:

„Statt ideologischer Klima-Showpolitik setzen wir 400 Millionen Euro jährlich für einen landeseigenen Energierabatt ein. Ziel: die niedrigsten Strompreise Deutschlands. Langfristig: Rückkehr zur Kernkraft und Ausbau des heimischen Energieangebots.“

(9-Punkte-Sofortprogramm AfD-Baden-Württemberg)

Antwort:

Die AfD täuscht die Wählerinnen und Wähler in dreister Weise, wenn sie einen landeseigenen Energierabatt für die Verbraucher verspricht. Es bleibt nämlich völlig unklar, woher die von der AfD versprochenen 400 Millionen dafür kommen sollen. Selbst wenn man sämtliche Ausgaben des Landes im Bereich Klimaschutz zusammenstreichen würde, kämen weniger als 400 Mio. Euro zusammen. Klimaschutzmittel kommen zudem vor allem vom Bund (einschließlich BAFA und KfW) und nicht aus dem Landeshaushalt!

In der Wirtschafts- und Energiepolitik wirbt die AfD mit nostalgischem Blick für die Rolle rückwärts hin zu Atom und Kohle. Parteichefin Weidel spricht gern von Technologieoffenheit, gleichzeitig aber von „Windmühlen der Schande“, die zu zerstören sind.

Die Rückkehr zur Kernkraft würde in frühestens 20 Jahren zu neuem Atomstrom im Netz führen. Dieser wäre aber vier- bis sechsmal so teuer wie Strom aus Windkraft und Solarstrom heute.

Welches einheimisches Energieangebot die AfD eigentlich meint, bleibt im Dunkeln. Kohle wird bei uns nicht mehr gefördert, dafür stehen auch keine Bergwerke mehr zur Verfügung. Die eigenen Erdgasvorkommen sind so geringfügig, dass man damit nur einen kleinen Bruchteil des heutigen Energiebedarfs decken kann. Eine Energiepolitik wie sie der AfD vorschwebt, würde zudem dem Klima massiv schaden.

Bei einer Streichung der Landesmittel im Bereich Klimaschutz gäbe es unter anderem keine Zuschüsse / Förderung mehr für Sanierungsmaßnahmen zum Beispiel aus dem Programm Klimaschutz-Plus und keine Energieberatung für Kommunen durch KEA, ebenso keine Förderung der Wärmepläne der Städte und Gemeinden.

Generell: Im Gegensatz zu 97 Prozent der Wissenschaftler weltweit leugnet die AfD als einzige Partei die große Gefahr des menschengemachten Klimawandels, obwohl sich die enormen Schäden schon heute abzeichnen. Sie will in verantwortungsloser Weise an den fossilen Energieträgern festhalten und die Förderung der erneuerbaren Energien aus dem Bundeshaushalt stoppen. (Nach einer Umfrage möchten aber AfD-Wähler in fast gleichem Umfang wie andere auch am Förderprogramm für Wärmepumpen teilhaben!)

Die AfD nimmt mit ihrer Haltung verheerende Wetterkatastrophen und einen globalen Anstieg des Meeresspiegels in nicht allzu ferner Zukunft in Kauf. Das wird auch bei uns in Europa und in Deutschland dramatische Folgen haben und ganze Weltregionen vernichten und unbewohnbar machen. Dadurch werden zudem Wanderungsbewegungen verstärkt, die die AfD sonst so heftig kritisiert! Das nennt man rücksichtslos und menschenverachtend! Schon heute sind es ca. 250 Millionen Menschen, die wegen des Klimawandels auf der Flucht sind.

Eine konsequente Förderung Erneuerbarer Energien ist auch im nationalen Interesse. Diese machen uns langfristig von Energieimporten unabhängiger und ersparen uns Milliardenausgaben an Energiekosten. Sie machen unsere Industrieproduktion wettbewerbsfähiger, was jedem von uns zugutekommt und sichert hunderttausende Arbeitsplätze.

RETTUNG DER AUTOMOBILINDUSTRIE

AfD:

„Mit einem „Buy BW“-Programm für Behördenfahrzeuge aus heimischer Produktion und einem entschlossenen Kampf gegen das EU-Verbrennerverbot. Wir setzen uns ein für die Rücknahme wirtschaftsfeindlicher Regulierungen, um unsere Automobilindustrie zu stärken.“

(9-Punkte -Sofortprogramm AfD Baden-Württemberg)

Antwort:

Die Vorschläge der AfD sind reine Augenwischerei und sichern keine Arbeitsplätze im Land. Wer wie die AfD den Eindruck erweckt, alle Probleme seien gelöst, wenn man nur weiter konventionelle Verbrenner baut, täuscht die Menschen, schadet der Wirtschaft und vernichtet Arbeitsplätze. Die Zukunft des Automobilantriebs ist weltweit elektrisch, die elektrifizierte Antriebstechnik technologisch mittlerweile ausgereift und sie wird

stetig marktgängiger. Auf dem Weltmarkt werden zunehmend elektrifizierte Kraftfahrzeuge nachgefragt und regulatorisch vorausgesetzt. Statt weiter auf veraltete und umweltschädliche Technologien zu setzen, müssen wir die in der Elektromobilität entstandenen Versäumnisse aufholen. Mit deutschem Fleiß und deutscher Erfindungsgabe schaffen wir das.

Dessen ungeachtet ist mehr Flexibilität beim Verbrenner geboten. Dabei geht es aber nicht um ein Zurückdrehen, sondern um eine kluge Brücke.

Bezüglich der Anschaffung von Behördenautos ist es schon heute möglich, bestimmte Kriterien festzulegen unter Einhaltung bestehender Vorgaben für die Beschaffungen.

BILDUNGSPOLITIK IN BADEN -WÜRTTEMBERG

AfD:

„Schluss mit ideologischer Erziehung. Wir setzen auf Leistung, Disziplin und Identität. Neue Lehrpläne, Deutschpflicht, ein Verhaltenskodex an Schulen und ein klarer Fokus auf MINT-Fächer. Jede Schule wird mit der Schwarz-Rot-Gold-Fahne beflaggt – ein starkes, national stolzes Land.“

(9 Punkte-AfD -Sofortprogramm Baden-Württemberg)

Antwort:

Alle Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gute Bildung. Deshalb muss die Bildungspolitik die individuelle Förderung ausbauen und erfolgreiche neueste pädagogische Erkenntnisse in den Lehr- und Lernplänen berücksichtigen.

Auch in der Reformpädagogik wird von bestmöglicher Leistung des Einzelnen in der Schule ausgegangen und es werden Instrumente geliefert, wie dies zu erreichen ist.

An unseren Schulen wird Deutsch gesprochen und in Deutsch unterrichtet!

MINT-Fächer sind bereits ein wesentlicher Bestandteil der Schulbildung von Schülerinnen und Schülern. Die Anforderungen der modernen Arbeitswelt und die Rückmeldungen aus der Wirtschaft untermauern die Notwendigkeit, ihnen ein breites Bildungsangebot zur Verfügung zu stellen. Für diese Erkenntnis braucht es keine Nationalismen, sondern eine sichere Unterrichtsversorgung und Lehrkräfte, die für diese Fächern ausgebildet werden. Wir brauchen den weiteren Ausbau der frühkindlichen Bildung, insbesondere das frühe Erlernen der deutschen Sprache für Kinder aus bildungsschwachen oder zugewanderten Familien, um den Eintritt in die Grundschule zu erleichtern, zusätzliche Poolstunden an den Grundschulen, kostenlose Nachhilfeangebote und mehr Lehrkräfte.

Zu echten Reformen in der Schulpolitik gibt es von der AfD keine sachdienlichen Vorschläge. Die AfD zeigt sich hier völlig ignorant! Für Björn Höcke, Spitzenpolitiker der AfD,

ist die schulische Inklusion von Kindern mit Behinderungen ein „Ideologiekprojekt“, von dem das deutsche Bildungswesen „befreit“ werden müsse. In Artikel 3, Absatz 3 unseres Grundgesetzes steht: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Die AfD setzt auf eine ideologische Durchdringung der Schulen mit nationalistischen Inhalten und Symbolen. Es ist genau dieser Weg, der Deutschland im 20. Jahrhundert zweimal in die Katastrophe geführt hat. Eine gute Bildung rückt dagegen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in den Fokus.

VOLKSENTSCHEID ZUR MIGRATION

AfD:

„Direkte Abstimmung über die Zurückweisung illegaler Migranten, Abschiebehaft und Sachleistungen. Aufbau einer eigenen Grenzschutzpolizei und ein Ausstieg aus dem Königsteiner Schlüssel, um die Kontrolle über unsere Grenzen zurückzugewinnen.“

(9-Punkte AfD -Sofortprogramm Baden-Württemberg)

Antwort

Es werden beträchtliche Anstrengungen unternommen, um illegal Eingewanderte zurückzuweisen und den Schleusern ihr Handwerk zu legen. Die Zahl der Rückführungen und Rückweisungen an den Grenzen steigt inzwischen Monat um Monat. Die Kontrolle unserer Grenzen erfolgt im Rahmen rechtlicher Normen und europäischer Zusammenarbeit und nicht mittels populistischer Stimmungsmache. Die AfD verliert sich in Hetze und Angstmache. Sie kann uns nicht sagen, wie sie rechtstaatlich korrekt und schneller die Rückführungen bewerkstelligen würde, z.B. wie sie illegale Zuwanderer zurück in ihre Heimat schaffen will, wenn ihre Heimatländer sich weigern, sie aufzunehmen.

Die Vorschläge der AfD sind populistisch, sie sollen Angst machen, die Spaltung unserer Gesellschaft vertiefen und unsere demokratischen Grundprinzipien in Frage stellen.

Für Demokraten sind Menschenrechte nicht verhandelbar, das individuelle Recht auf Asyl sowie der Anspruch auf faire, rechtsstaatliche Verfahren müssen unantastbar bleiben.

Eine eigene Grenzschutzpolizei und der Ausstieg aus Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern sind keine Lösungen, sondern gefährden die Zusammenarbeit in Europa und unsere menschlichen Werte.

FREIHEIT DER MEINUNGSÄUSSERUNG

AfD:

„Baden-Württemberg wird zum „Raum der freien Rede“. Wir beenden politische Einschüchterung, schaffen den § 188 StGB ab und blockieren Zensurverordnungen der EU. Der freie Austausch von Ideen ist die Grundlage unserer Demokratie“.

(9-Punkte-AfD -Sofortprogramm Baden-Württemberg)

Antwort

Die Unterstellung der AfD, in unserem Land gelte das Recht auf freie Rede nicht mehr, ist eine glatte Lüge. In unserem Land hat jeder das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern. Die AfD klagt immer dann über eine angebliche Einschränkung von Meinungsfreiheit, wenn man ihre politische Sicht der Dinge nicht teilt. Meinungsfreiheit beinhaltet immer auch das Recht auf freie Gegenrede.

Das Recht auf freie Rede findet nur dort seine Grenzen, wenn es sich um ehrverletzende Beleidigungen, systematischen Hass oder um demokratiegefährdende Bedrohungen handelt. Die AfD will mit dem Vorwurf, ihr werde das Rederecht eingeschränkt, Mitleid erzeugen und ihr falsches Bild über unsere Demokratie stützen. AfD-Vertreter werden wie die Vertreter anderer Parteien zu öffentlichen Podiumsdiskussionen, Fernsehsendungen, zu Schulbesuchen etc. eingeladen und dürfen dort ihre Meinung frei äußern.

Die Strafrechtsreform des § 188 StGB ist kein Sonderrecht, es wurde auf Bundesebene im Zusammenhang mit dem Mord an dem ehemaligen Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübke eingeführt. Sie war notwendig geworden, um Personen des politischen Lebens, insbesondere auch kommunalpolitische Mandatsträger vor übler Nachrede und Verleumdung zu schützen, die zunehmend zur Zielscheibe gezielter Hetze geworden sind, in besonderer Weise von rechtsradikalen Gruppen.